

Betreff: KT 17.05.10 Änderungsantrag

Von: Michael Vogt <michael.vogt@aham.de>

Datum: 16.05.2010 17:26

An: Landratsamt <haupt@landkreis-landshut.de>

CC: Angelika Stumpf <hanstu@web.de>, "Büro Dr. Toni Hofreiter MdB - Rosi Steinberger" <steinberger@toni-hofreiter.de>, Floegis@aol.com



Kreistagsfraktion Landshut
c/o Michael Vogt
Ernstgraben 2
84168 Aham

Kreistag am 17. Mai 2010 Standort Gymnasium

Sehr geehrter Herr Landrat Eppeneder,

der Beschlussvorschlag zum Thema Gymnasium für die Kreistagssitzung am 17. Mai sollte nach Ansicht unserer Fraktion abgeändert werden. Der Vorschlag des Kreisausschusses lässt die weitere Entwicklung völlig offen, falls der Standort Essenbach im Bildungsausschuss des Landtags durchfällt. Wir denken, dass wir in diesem Fall das Gymnasium an einem alternativen Standort bauen sollten. Um Zeitverzögerung und quälende Diskussionen im Kreistag zu vermeiden, sollten wir unserem Partner bei der Einrichtung des neuen Gymnasiums, nämlich dem Kultusministerium, die Entscheidung über den Standort überlassen. Das soll unser Änderungsantrag bezwecken.

Mit freundlichen Grüßen
Michael Vogt

Antrag an den Kreistag:

Der Beschlussvorschlag Nr. 352 des Kreisausschusses lautet:

„Der Kreistag Landshut hält am Neubau eines Gymnasiums fest.

Sollte das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus den vom Landkreis Landshut vorgeschlagenen Gymnasialstandort Essenbach nicht genehmigen, wird der Landkreis Landshut keinen weiteren Vorschlag unterbreiten.“

Wir beantragen erstens:

"Der erste Satz des Beschlussvorschlags wird getrennt abgestimmt"

Begründung: Mündlich

Wir beantragen zweitens:

Der Beschlussvorschlag wird um folgenden Satz erweitert: "Falls der Standort Essenbach nicht genehmigungsfähig ist, verweisen wir auf die Kreistagssitzung vom 22.12.2009, in welcher der Standort Ergolding ebenfalls als geeignet bestimmt wurde.“

Begründung: Wenn Essenbach als Standort genehmigt wird, herrscht Klarheit und Planungssicherheit. Wenn nicht, dann sollten wir die Standortdebatte im Kreistag beenden und dem Kultusministerium, die Entscheidung überlassen.

Michael Vogt
Fraktionssprecher Bündnis 90/Die Grünen